

dabei ruhig in Kauf nehmen, daß die Provinz, noch mehr aber der Leser im Ausland die Zeche bezahle. Von dieser Stelle aus stelle er deshalb als erste Rogatebitte: Man möge den Buchhandel endlich mit Regierungsmaßnahmen verschonen, man möge einsehen, daß der Beamte auch beim besten Willen von den durchaus nicht einfach gelagerten Zusammenhängen eines Wirtschaftszweiges nicht so viel verstehen könne, daß er berufen wäre, seinen mehr stimmungs- und gefühlsmäßig erworbenen Ansichten die Form von Gesetzen zu geben. Der Buchhandel habe den Beweis gegeben, daß er sich den Zeiterfordernissen anpasse, bürgerliche Disziplin wahre und sich unter die Vierte Notverordnung gebeugt habe. Wenn man aber glauben sollte, weitere Eingriffe ohne der Fachleute Zustimmung machen zu können, so müßten die Verantwortung für eine Zerschlagung des Buchhandels-Systems die tragen, die zu solchem Leichtsinne den Mut haben.

Er habe mit Absicht die Bitte an die Politik vorausgestellt, denn bei ihr handelt es sich um nichts anderes als um die Forderung, dem Buchhandel wieder die Möglichkeit zu geben, Subjekt zu sein, und ihn aus der unverdient unwürdigen Lage, nur Objekt zu sein, zu befreien. Der Buchhandel glaube klug und verantwortungsbewußt genug zu sein, daß man ihm die Mündigkeit zusprechen könne. Aber gerade hier liege Veranlassung zu einer zweiten Bitte. Sie richte sich an den Buchhandel selbst und darüber hinaus an alle Deutschen unabhängig von Stand und Beruf: Verantwortungsgefühl beginne mit Selbsterkenntnis und diese lehre, daß keiner den Anspruch auf Alleingültigkeit seiner Meinung habe. So unerträglich es sei, daß die Politik und das Beamten-tum sich als Lehrmeister gebärden, sollte doch nicht alles Unglück von dort abgeleitet werden. Auch die Wirtschaft habe Fehler gemacht und werde sie als Teil menschlicher Unvollkommenheit weiter machen. Worauf es ankomme, sei eben jenes Verantwortungsbewußtsein, das wenigstens die Fehlerquellen sittlicher Art einschränke. Jene der Begrenztheit der Erkenntnis-kraft seien bitter genug. Es frage sich ein jeder, ob er sein Urteil vom Eigennutz oder vom Gemeinwohl beeinflussen lasse.

Die Buchhandelspolitik des vergangenen Jahres sei im Jahresbericht verzeichnet und die Aussprache über ihn werde ja wohl Gelegenheit geben, noch das zu sagen, was notwendig sei, um zwischen Vorstand und Mitgliedern die nötige Klarheit zu schaffen. Man übe ruhig Kritik am Vorstand; er wird dabei lernen.

Das Gewicht möge aber mehr auf Wunsch und Rat für die Zukunft als auf den Rückblick gelegt werden. Die Hauptversammlung eines Wirtschaftsstandes sollte gerade heute Ausdruck des Zukunftswollens sein, denn, wenn es einen Silberstreif am deutschen Himmel gebe, so könne er nur gesehen werden, wenn man sich reckt und das Haupt erhebe, nicht wenn man verzweifelt am Boden hockt und trauernd das Haupt verhülle.

Damit aber sei man an dem Punkt angelangt, wo man nicht mehr Bitten an Menschen richten könne. Und heiß erfüllt von der Liebe zum Berufsstand, zu deutschem Land und Volk rufe er: Herr mach uns frei!

Herr Geheimrat Klien begrüßt die Versammlung im Auftrage der sächsischen Regierung, besonders im Auftrage des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministeriums und dankt für die Einladung zur Hauptversammlung und die Begrüßung durch den Vorsitzenden. Wenn man auch im Buchhandel wie bei jedem Wirtschaftszweige Gesundheitskeime erkennen könnte, so wäre doch leider noch nicht zu hoffen, daß der Gesundungsprozeß sich schnell vollziehe. Aus dem Geschäftsbericht des Börsenvereins seien allenthalben die Schwierigkeiten des Buchhandels festzustellen, und man könne auch mit Genugtuung feststellen, mit welcher Energie sich der Börsenverein die Bekämpfung der Schwierigkeiten angelegen sein lasse, und auf alle möglichen Fragen Einfluß nähme, um für das deutsche Buch zu kämpfen und zu werben. Was die Kritik an den behördlichen Maßnahmen anbelange, so erkennt Herr Geheimrat Klien an, wie sachlich, ruhig und überzeugend die Wortführung des Geschäftsberichtes wirke. Auf die temperamentvollen Ausführungen des Herrn Vorsitzenden werde Herr Oberbürgermeister Goerdeler antworten. Dem Wunsche um Eindämmung des Abbaues der Etats für Kulturausgaben stehe der Wunsch um Erleichterung der Steuern gegenüber. Selbstverständlich solle an Kulturgütern erhalten werden, was möglich sei. Der Börsenverein habe in Krisenzeiten nie die Flinte ins Korn geworfen, sondern immer die Geschicke des Buchhandels fest in die Hand genommen. Die Regierung habe besonderes Interesse an einem starken Buchhandel und werde ihm gern nach Kräften helfen. In der jetzigen Notzeit wäre engstes Hand-in-Hand-arbeiten unerlässlich; geschähe das, so werde der Buchhandel Bahnbrecher deutschen Geistes, deutscher Wissenschaft und deutscher Wirtschaft bleiben.

Der Vorsitzende dankt für die buchhandelsfreundlichen Ausführungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Goerdeler dankt für die Einladung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und dankt dem Vorsitzenden für die Offenheit seiner Sprache. Die klare Erkenntnis der Dinge werde am ehesten dazu geeignet sein, aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Er selbst hätte als Preis-Kommissar mit den gebundenen Preisen des Buchhandels nichts zu tun, er habe sich aber gern im Reichswirtschaftsministerium für eine freundliche Beurteilung der Wünsche des Buchhandels eingesetzt. Bei Besprechung mit Praktikern aus und in der Provinz habe sich ergeben, daß bei Aufhebung des Ladenpreisschutzes eine Preisverteuerung zu befürchten sei. Daran könnte man nicht vorübergehen und werde den festen Ladenpreis im Buchhandel erhalten müssen. Im übrigen bekenne er sich aber zu der Notwendigkeit, die größtmögliche Freiheit im Gewerbe herzustellen. Von anderen Kreisen werde behördliches Eingreifen laut gefordert, um aus den Schwierigkeiten herauszuhelfen. In der Verschiedenheit der Meinungen über die Zweckmäßigkeit des behördlichen Eingreifens sähe er eine große Gefahr und den Ausdruck der Zerrissenheit in der ganzen Wirtschaft. Durch die Goldhortung Frankreichs nähere man sich bedenklich dem Tauschhandelszustand, der von der Außenhandelsseite herkomme unter Beeinflussung des Devisenmarktes. Es bestehe die Gefahr, daß man zum Außenhandelsmonopole komme und zur vollkommenen Planwirtschaft auch auf dem Binnenmarkt. Das habe die Entwicklung in Rußland deutlich gezeigt. Demgegenüber bestehe die Möglichkeit, die Schwierigkeiten in der Innenwirtschaft und auch im Außenhandel zu überwinden durch Freimachung der sittlichen und physischen Kräfte im ganzen Volke. Es sei nicht so, daß irgendeine Regierungsmaßnahme, von welcher politischen Regierung sie auch komme, von heute auf morgen eine nennenswerte Besserung herbeiführen könne. Man müsse sich darüber klar sein, daß die Schwierigkeiten rein politischer Art seien. Solange eine einzige Macht die Vorherrschaft Europas beanspruche, werde dieser Zustand fortbestehen und wenn die Erkenntnis im ganzen Volke immer größer werde, werde man sehen, daß allem dieselbe Ursache zugrunde liege. Es sei bedauerlich, daß jeder Berufsstand durch diese Maßnahmen sich besonders betroffen fühle. Man müßte über die engeren Kreise hinaussehen und erkennen, daß es keinen Berufsstand gäbe, der nicht in seinen Grundfesten erschüttert wäre. Nur durch gemeinsame Anstrengung aller könnte man aus den Schwierigkeiten herauskommen. Man dürfe nicht fragen, wer schuld sei, sondern man müsse nach der Ursache der Not fragen und danach die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen richten. Er habe selbst den Wunsch, daß sich die behördlichen Stellen so wenig wie möglich um die Entwicklung der wirtschaftlichen Dinge zu kümmern brauchten.

Aus dem Geschäftsbericht habe er mit Interesse gesehen, daß sich der Börsenverein mit der Frage der Gehilfenprüfung beschäftige. Das habe ihn überrascht in einer Zeit, wo er selbst alles tue, um die Überspannung des Bildungswesens zu vermeiden. Er habe in seinem Berufsleben die Erfahrung gemacht, daß Prüfungen eine Notwendigkeit seien, wo man einem größeren Kreise von Menschen gegenüberstehe, die man nicht genau kennen könnte. Wo aber die Möglichkeit bestehe, sich über die Qualitäten eines